

Bern

Warum Bindella an guter Lage so wenig zahlt

Kornhaus Die Stadt will mit ihrer Liegenschaft am Kornhausplatz Geld einnehmen. Der Zürcher Gastronome Rudi Bindella zahlt dort für seine Lokale eine auffällig tiefe Miete.

Sophie Reinhardt

Im Kornhaus an bester Lage mitten in der Stadt Bern beim Zytglogge veranstaltet das Kornhausforum Kulturveranstaltungen, verleiht die Kornhausbibliothek Medien und betreibt die Zürcher Gastrogruppe Bindella im Parterre und Keller Restaurants. Kulturraum, Bibliothek und Beiz haben eines gemeinsam: Sie befinden sich in einer Liegenschaft, die der Stadt Bern gehört. Allerdings: Miete zahlen sie unterschiedlich viel. Während die beiden subventionierten Institutionen pro Quadratmeter 270 Franken bezahlen, muss das private Gastrounternehmen der Stadt 172 pro Quadratmeter überweisen. Hinzu kommt zwar ein Stadtanteil am Umsatz von Bindella; umgerechnet ergab dies im Jahr 2018 eine Miete von 207 Franken pro Quadratmeter. Bindella zahlte aber auch so unter dem Strich 63 Franken weniger als die anderen beiden Parteien. Dies geht aus den Mietverträgen hervor, in die der «Bund» aufgrund des Öffentlichkeitsgesetzes Einblick erhalten hatte.

Gut verhandelt

Diese Zahlen sorgen für Irritation: «Die hohen Mieten sind respektlos gegenüber den Kulturschaffenden und eine Geringschätzung der Arbeit, die wir machen», sagt Bernhard Giger, Leiter des Kornhausforums. Das werte seine Arbeit ab, sagt er und verweist auf einen aus seiner Sicht «leicht absurden» Finanzierungsfluss: Jährlich erhält das Forum zwar 810 000 Franken an öffentlichen Geldern, davon aber muss es gut die Hälfte gleich wieder der Stadt als Mietkosten bezahlen, und zwar netto rund 361 000 Franken. Giger nervt sich über die Zahlen umso mehr, als andere Berner Kulturinstitutionen wie die Dampfzentrale oder das Stadttheater Kostenmieten haben, also in Liegenschaften ohne Renditevorgaben untergebracht sind. Anteilsmässig müssen sie weniger Subventionen für die Miete abgeben.

Auch Berner Gastronomen, die am Kornhausplatz oder in der Nähe angesiedelt sind, schätzen Bindellas Miete im Kornhaus als



Bibliothek und Kornhausforum in den oberen Stockwerken zahlen mehr Miete als das Restaurant im Erdgeschoss. Foto: Franziska Rothenbühler (Archiv)

«Die hohen Mieten sind respektlos gegenüber den Kulturschaffenden.»

Bernhard Giger
Leiter des Kornhausforums

«sehr günstig» ein. Laut einem Gastronomen, der den Namen seiner Lokalität nicht in der Zeitung lesen will, zahlen Restaurants und Bars in der nahen Umgebung dreimal so viel Miete pro Quadratmeter. Tobias Burkhalter, Präsident von Gastro Stadt Bern und Umgebung, beurteilt die Miete zwar tatsächlich als tief – aber nicht «als skandalös tief». Bindella habe wohl «gut verhandelt», schätzt Burkhalter. Vor allem aber: Bindella habe Millionen in den Ort investiert und damit geholfen, den Platz aufzuwerten. Nicht zuletzt deshalb gelte das Kornhaus heute als attraktiver Ort.

Tatsächlich: Seit 1998 hat Bindella nach eigenen Angaben rund zehn Millionen Franken in die Lokale am Kornhausplatz investiert. Und er investiert weiter: Das neue italienische Restaurant im Erdgeschoss kostet weitere fünf Millionen. Vor diesem Hintergrund mute es seltsam an, ihm die Mietkonditionen «zum Vorwurf» zu machen, so Rudi Bindella auf Anfrage. «Sie sind sicher fair.»

Die Immobilienabteilung der Stadt argumentiert, dass Bindella eine Rohmiete bezahle – also selbst für den Einbau seiner Küche und anderes aufkomme. Dass die Miete nach oben angepasst

wird, steht momentan nicht zur Diskussion. Erst im August 2019 unterzeichnete das Unternehmen einen neuen Mietvertrag mit der Stadt bis 2030 – zu denselben Konditionen wie bisher.

Liegenschaft muss rentieren

Bernhard Giger vom Kornhausforum versteht trotzdem nicht, warum er für so hohe Subventionen kämpfen muss, um die teure Miete bezahlen zu können. Wäre es nicht einfacher, die Miete für die Kulturinstitutionen im Kornhaus zu senken, um dann auch weniger Subventionen an den Kulturbetrieb zu zahlen? Nein, heisst es bei der Stadt Bern.

Das Kornhaus gehört in das Finanzvermögen der Stadt. Das bedeutet, dass die Liegenschaft Rendite abwerfen muss. Mit den Einnahmen aus der Geschäftsliegenschaft will die Stadt soziale Boden- und Wohnbauprojekte mitfinanzieren, deshalb verlangt sie dort auch von Kulturanbietern marktübliche Mieten. Michael Aebbersold, zuständiger SP-Gemeinderat, sagt es so: Als Präsident des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik liege ihm daran, den Handlungsspielraum für eine aktive Wohnbaupolitik zugunsten von günstigem Wohnraum nicht zu schwächen.

Politik reagiert irritiert auf Geisteraustreibungen

Exorzismus Im Kanton Bern gibt es vermehrt Angebote für sogenannte «Befreiungsdienste». Politiker warnen vor solchen Angeboten, appellieren aber an die Eigenverantwortung.

Die Nachfrage nach Geisteraustreibungen hat in den letzten Jahren zugenommen. Das sagt Georg Otto Schmid von Relinfo, einer Informationsstelle für Kirchen, Sekten und Religionen. Diese «Befreiungsdienste» würden in der Schweiz Tausende Male pro Jahr durchgeführt. Gerade der Kanton Bern sei ein gutes Terrain für solche Angebote («Bund» von gestern).

Hans-Peter Kohler, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates (GSoK), FDP-Gemeinderat in Köniz und Arzt, sagt: «Es handelt sich um ein äusserst heikles Gebiet.» Von Geisteraustreibungen

hält er nichts. Leute, die entsprechende Angebote beanspruchen, benötigten viel mehr eine fachmedizinische Behandlung. «Ich vermute bei ihnen eher eine psychische Krankheit und ein abhandengekommener Bezug zur Realität. Eine Störung der Psyche. Als Naturwissenschaftler kann ich es mir nicht anders erklären.»

«Harte Fakten»

Der Arzt spricht damit die religiöse Komponente dieser Austreibungen an, die häufig im Umfeld von Freikirchen praktiziert werden. Es sei zwar «schön, dass die Kirche helfen» wolle, doch das mache sol-

che Austreibungen nicht besser. Der Glaube allein reiche nicht aus, um beispielsweise eine Schizophrenie zu erkennen. Angesprochen auf die oft fehlende Qualifikation der Dienstleistenden sagt Kohler, er wolle diese Leute nicht diskreditieren. «Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand ohne medizinisches Fachwissen erkennen kann, ob es sich um eine psychische Erkrankung handelt oder nicht.»

Genauer hinschauen möchte GSoK-Mitglied Sarah Gabi Schönenberger (SP). «Das sind nicht alles seriöse Leute, die solche Angebote anpreisen», sagt sie. «Viele von ihnen machen mit der

Angst und Hoffnung der Betroffenen Geld.» Sie würde eine Untersuchung des Phänomens begrüssen: Diese könnte zeigen, ob solchen Anbietenden ein Riegel geschoben werden müsste. Hierfür brauche es aber «harte Fakten». Grundsätzlich fragt sich Gabi Schönenberger, weshalb solche Rituale in letzter Zeit vermehrt Zulauf erhalten. «Als Exorzismus verbreitet war, war das Umfeld ein ganz anderes, als es heute ist. Haben wir ein Wohlstandsproblem?»

Ratskollegin Elisabeth Strifeler-Mürset (SP) appelliert an die Eigenverantwortung. «Ich plädiere für Selbstbestimmung.» Sie sei aber der Meinung, dass,

wer sich auf eine solche Geisteraustreibung einlässt, «eigentlich in professionelle Hände» gehöre. Sie könne sich nicht in dieje-nigen hineindenken, die ein solches Angebot annähmen. «Das ist eine fremde Welt für mich.» EVP-Grossrätin Melanie Beutler-Hohenberger, auch sie Mitglied der GSoK, nimmt die Geisteraustreibungen ein Stück weit in Schutz: Homöopathie werde ja auch nicht verboten, obwohl sie umstritten sei. «Wenn jemand in professioneller psychiatrischer Behandlung ist und gleichzeitig noch ein solches Angebot beansprucht, habe ich nichts dagegen.» Von mündigen Personen erwarte

sie Selbstverantwortung und dass sie «in ein Netzwerk eingebunden sind, das sie unterstützt».

Unmittelbaren Handlungsbedarf sehen die kontaktierten Politiker nicht. Für den Gesundheitspolitiker und Arzt Hans-Peter Kohler gilt das aber nur, «solange psychiatrische Fachgesellschaften und andere Organisationen nicht auf die Thematik hinweisen». Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion des Kantons Bern sagt: «Die Kantonsärztin hat die Thematik nicht auf dem Radar und auch noch nie etwas davon gehört.»

Dario Greco